# Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung, Aplerbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

**Nr. 212** | **Montag, 10. September 1923** | **56. Jahrgang**


**Einzelnummer 250 000 Mk.**

## Zum Geleit.

Wir wollen nach wahrhafter Größe trachten!
Wir wollen keiner den andern verachten!
Wir wollen uns stützen und führen beim Wandern
Wir wollen uns helfen einer dem andern!

Schanz.

## Neuigkeiten.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Erfassung der unproduktiven Devisen ist veröffentlicht worden.

*

Zum Devisenkommissar ist nach Meldungen der Geheimrat Mellinger ernannt worden.

*

Das Reichsfinanzministerium bereitet ein Gesetz zum Abbau des Beamtentums vor.

*

Der Reichswirtschaftsrat hat sich für die Einführung einer Goldwährung ausgesprochen.

*

Der preußische Landtag wird seine Sitzungen am 11. September wieder aufnehmen.

*

Mit Gültigkeit vom 11. ds. Mts. an werden auch für den Schlafwagenverkehr wertbeständige Tarife eingeführt.

*

Wie man aus dem Reichspostministerium erfährt, tritt am 16. ds. Mts. eine neue Erhöhung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren, am 20. ds. Mts. eine solche für die übrigen Postgebühren ein. Die Höhe des neuen Tarifes ist bis jetzt noch nicht bekannt. Beratungen darüber finden in den nächsten Tagen statt.

*

Der Vortragende Rat in der Reichspressestelle des Auswärtigen Amtes, Dr. August Hommerich, tritt in gleicher Eigenschaft in die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes über.

*

Die deutsche Regierung hat die deutschen Vertreter in London, Paris und Brüssel angewiesen, den dortigen Regierungen eine Protestnote zu überreichen wegen der Ordonnanz, in der sich die alliierte Rheinlandkommission selber das Recht verleiht, Ernennungen von Beamten im besetzten deutschen Gebiet vorzunehmen.

*

Das Gebäude der Bank von Japan ist nur teilweise niedergebrannt, die Safes sind unversehrt geblieben.

*

Die griechische Flotte hat Befehl erhalten, sich in den Golf von Volos im Aegäischen Meer zurückzuziehen.

*

Der seinerzeit in Wien wegen des Anschlages auf Maximilian Harden verhaftete Ankermann ist an die Grenze gebracht und deutschen Kriminalbeamten übergeben worden.

*

Durch eine Explosion wurde eines der beiden Madrider Elektrizitätswerke zerstört.

*

Auf der Strecke Worms—Mainz ist ein Zug entgleist. Ein Deutscher wurde getötet.

*

Die russischen Schiffe im Stillen Ozean haben Befehl erhalten, mit Lebensmitteln nach Japan abzugehen und jede mögliche Hilfe zu leisten.

*

Die in Nürnberg tagende deutsche Vereinigung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirche beschäftigte sich mit den Pflichten der Kirche angesichts der heutigen politischen Verwickelungen. Es wurde eine Kundgebung beschlossen, die nach einer Sympathiekundgebung für den waffenlosen Kampf an der Ruhr ausführt: „Ueber der Not des eigenen Volkes wollen wir die Leiden der anderen Völker nicht vergessen. Wir begrüßen das von der holländischen Vereinigung des Weltbunds begonnene Werk des „Europa-Wiederaufbau-Komitee" und hoffen, daß hier ein Weg zu neuer Gemeinschaft zwischen den Völkern sich öffnet."

*

Dr. Cuno hat mit dem Dampfer „Resolute" seine Amerikareise angetreten.

*

Nach einer Havasmeldung aus Osaka hat das Observatorium in Tokio folgende Erdstöße verzeichnet: Am 1. und 2. September 356, am 3. September 289, am 4. September 173, am 5. September 148, und am 6. September bis 6 Uhr morgens 63 Erdstöße; insgesamt 1029 Erdstöße.

*

Das Augsburger Schöffengericht verurteilte den Bäckergesellen Leonhard Böck aus Fürth bei Nürnberg zu neun Monaten Gefängnis, weil er einen Dienstknecht für die französische Fremdenlegion anzuwerben versuchte.

*

# Drakonische Bestimmungen zur Erfassung der Devisen

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Erfassung der Devisen ist nunmehr ergangen und lautet wie folgt:

**Die Reichsregierung bestellt einen Kommissar für Devisenerfassung mit außerordentlichen Vollmachten. Der Kommissar ist befugt, Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung ausländische Wertpapiere und Edelmetalle für das Reich in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Zwecke werden die Artikel 115, 117, 153 der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt. Der Kommissar für Devisenerfassung ist eine Behörde, die dem Reichswirtschaftsministerium untersteht.**

**Die Reichsregierung erläßt die zur Regelung der Befugnisse des Kommissars erforderlichen Bestimmungen und regelt das Verfahren. Sie kann den Kommissar für Devisenerfassung und den von ihm bestimmten Stellen die Regelung im einzelnen überlassen. Sie kann Zuwiderhandlungen gegen die Ausführungsbestimmungen mit Freiheitsstrafe, Geldstrafe und durch Einziehung bedrohen und bei Zuwiderhandlungen gegen die Devisengesetzgebung oder Anordnungen des Kommissars Ordnungsstrafen, Sicherstellung und Verfallserklärung ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung androhen.**

Die zum Zweck der Devisenerfassung außer Kraft gesetzten Artikel der Reichsverfassung sind folgende:

Artikel 115. Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Artikel 117. Das Briefgeheimnis, sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden.

Artikel 153. Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung.

**Die Ausführungsbestimmungen.**

Auf die Nichtbefolgung sind sehr schwere Strafen gesetzt: hohe Geldstrafen, Konfiskation und gegebenenfalls Zuchthaus bis zu 10 Jahren.

In den gleichzeitig erlassenen Durchführungsbestimmungen wird gesagt: Wer Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung, ausländische Wertpapiere oder Edelmetalle besitzt, hat sie auf Anordnung des Kommissars für Devisenerfassung gegen Goldanleihe an das Reich abzuliefern. Mit Einverständnis des Kommissars kann die Uebernahme auch gegen Reichsmark oder Goldgutschrift oder einen anderen Gegenwert erfolgen. Die Rechte Dritter an den abgelieferten Vermögensgegenständen gehen auf den vom Reich geleisteten Gegenwert über.

Die Ablieferung von Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung kann nicht gefordert werden, soweit diese nach der Feststellung des Kommissars in einem den Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen des Verfügungsberechtigten notwendigen Umfang zu Verwendungszwecken gehalten werden, die nach der Devisengesetzgebung zulässig sind, insbesondere auch zur Abdeckung ausländischer Kredite.

Die Ablieferung von Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung kann ferner nicht gefordert werden, soweit diese von einer Person oder Personenvereinigung, die ihren Wohnsitz oder Sitz im Auslande hat, als Unterhaltungsbeitrag oder in Erfüllung einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht übersandt oder zur Verfügung gestellt sind oder werden, wenn sich der Betrag in angemessenen Grenzen hält und die Ueberlassung ohne Entgelt erfolgt.

Die Ablieferung ausländischer Wertpapiere kann nicht gefordert werden, soweit ihr Verbleib in der Hand des Besitzers im Interesse eines inländischen Unternehmens für jeweils zwei Monate notwendig sind.

Der Kommissar für Devisenerfassung kann von jedermann jede von ihm für erforderlich erachtete Auskunft fordern und bei jedermann jede von ihm für erforderlich erachtete Einsicht nehmen und Durchsuchung vornehmen. Die gleichen Befugnisse hat er gegenüber Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden. Er kann jedermann zur Erklärung vorladen und von jedermann die eidesstattliche Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben verlangen.

Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, die entgegen den Bestimmungen der Valutaspekulationsverordnung erworben sind, Vermögensgegenstände, die auf Erfordern des Kommissars für Devisenerfassung nicht angegeben sind oder deren Ablieferung nicht innerhalb einer vom Kommissar gestellten Frist erfolgt, können ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung zugunsten des Reiches für verfallen erklärt werden.

Besteht ein Grund zu der Annahme, daß Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung entgegen den Bestimmungen der Devisengesetzgebung erworben oder Vermögensgegenstände von dem zur Auskunft Aufgeforderten verheimlicht oder von dem zur Ablieferung Aufgeforderten nicht abgeliefert sind, so können sie vom Kommissar für Devisenerfassung und den Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes vorläufig sichergestellt werden.

Ueber die Rechtmäßigkeit der Verfallserklärung entscheidet auf Beschwerde des Betroffenen endgültig das Reichswirtschaftsgericht. Der Kommissar für Devisenerfassung kann jede für die Vornahme einer gerichtlichen Zwangsvollstreckung oder die Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren zuständige Stelle um die Vollstreckung ersuchen.

## Devisenkommissar Dr. Peters?

Wie die „DAZ." hört, ist Dr. Peters, der frühere Ernährungs-, spätere Entwaffnungskommissar, für das Amt des Devisenkommissars in Aussicht genommen. Dr. Peters soll jedoch den ihm angebotenen Posten abgelehnt haben. Infolgedessen fehlt bis zur Stunde noch jede amtliche Nachricht über die Ernennung des Kommissars.

## Entschließung des Reichswirtschaftsrates betreffs Goldwährung.

Der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrates hat sich eingehend mit den verschiedenen Vorschlägen zur Schaffung einer neuen Währung und eines wertbeständigen Zahlungsmittels befaßt und ist dabei unter Ablehnung aller sonstigen Projekte zu nachstehendem Ergebnis gekommen:

Die dringende Gefahr einer völligen Zurückweisung der Papiermark, die als Zahlungsmittel zur Aufrechterhaltung des Verkehrs notwendig bleibt, erheischt unter der Voraussetzung der Etatsbilanzierung die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, das auf sich selber gestellt und unabhängig von den inneren und äußeren Schwankungen ist. Die Grundlage eines solchen Zahlungsmittels kann zurzeit nur das Gold oder ein Devisenfonds sein.

Träger der Geldpolitik Deutschlands kann nur die Reichsbank sein, wobei es Voraussetzung ist, daß deren Geschäftsführung und -leitung den Bedürfnissen wertbeständiger Geldwirtschaft durch entsprechende Umänderungen anzupassen ist.

**Der Münzfonds.**

Nach Festlegung des Höchstbetrages der Noteninflation wird der Goldbestand der Reichsbank mit den aus den Maßnahmen der Devisenablieferung eingehenden ausländischen Zahlungsmitteln zu einem Münzfond vereinigt.

a) Dieser wird auf Grund von Sachwertbeleihung durch **Auslandsanleihen** nach Möglichkeit erhöht.

b) Ein **Einlösungsrecht** des umlaufenden Papiergeldes wird zu einem dem Tageswerte entsprechenden Kurse gegen Gold oder andere Goldzahlungsmittel erklärt.

c) Auf Grund des Münzfonds werden **Goldnoten** ausgegeben, deren Deckung Gold, Silber, Edelschmuck, Devisen und diskontierte Goldhandelswechsel dienen.

d) Nach Einführung der Goldnote und Festlegung der **Einstellung des Notendrucks** werden die noch im Besitz der Wirtschaft befindlichen oder in sie gelangenden Goldzahlungsmittel für den allgemeinen Verkehr freigegeben.

Die Reichsbank bleibt autonom. Die Reichsaufsicht wird aber verstärkt durch eine Umformung des Reichsbankkuratoriums und durch Erweiterung seiner Rechte und Pflichten. Das Kapital der Reichsbank wird erhöht durch Ausgabe von Aktien, die in Gold oder Devisen oder wertbeständigen Belastungen, Goldhypotheken der Landwirtschaft einzuzahlen sind.

## Wieder ein Deutscher zum Tode verurteilt!

**Düsseldorf**, 9. Sept. Am 4. August, abends gegen 7 Uhr, wurde bekanntlich in Düsseldorf eine Handgranate geworfen. Es wurden dabei drei Franzosen einer vorbeimarschierenden Abteilung und fünf Deutsche verwundet. Unter dem Verdacht, die Handgranate geworfen zu haben, wurde der Werftinder Richard Rabe aus Düsseldorf verhaftet. In der langen Voruntersuchung stritt er die Tat ab. In der heutigen Verhandlung vor dem französischen Kriegsgericht gestand Rabe, am Morgen des 4. August habe ihn ein junger Mann aus Düsseldorf besucht, den er schon vier Tage vorher getroffen hatte. Sie hätten beide verabredet, eine Handgranate zu werfen. Der Bekannte heiße Sastert. Er habe ihm auch die Handgranate besorgt, die er am Abend vor dem Tietzschen Gebäude dann auch geworfen habe. In der Voruntersuchung habe er geleugnet, um Sastert Gelegenheit zu geben, sich in Sicherheit zu bringen. Die Verteidigung machte geltend, daß die Tat nicht aus gemeinen Beweggründen begangen worden sei und daß deshalb mildernde Umstände zugebilligt werden müßten. Das Gericht bejahte die Frage nach versuchtem Totschlag mit Ueberlegung und verurteilte Rabe **zum Tode**.

## Ein neues unschuldiges Todesopfer.

Essen, 8. Sept. Wie gemeldet wird, ist der Landwirt Höhnel aus Olfen auf der zerstörten Lippebrücke bei Sülzen von einem Posten erschossen worden.

## Stresemann antwortet.

TU. Berlin, 10. Sept. In hiesigen Kreisen faßt man die Rede Poincares nicht als Absage an Stresemann, sondern vielmehr als die Fortsetzung des angesponnenen Meinungsaustausches auf. Stresemann wird in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, auf diese Rede zu antworten.

## Der italienisch-griechische Streit.

TU. Paris, 8. Sept. Ueber die gestrigen Verhandlungen der Botschafterkonferenz wird mitgeteilt: Die Botschafterkonferenz hat eine Note fertiggestellt und sofort der griechischen Regierung übersandt, sowie dem Völkerbundsrat zur Kenntnis gegeben. Die Note an Griechenland sieht sofortige Sanktionen vor. Diese entsprechen im allgemeinen den Forderungen Mussolinis, sind aber in einigen Punkten stark gemildert worden. Die Botschafterkonferenz verlangt nicht, daß Griechenland im Piräus einer dort tätigen italienischen Flotte durch Hissung der italienischen Flagge am Hauptmast der griechischen Schiffe Ehrenbezeugungen erweise, sondern der italienischen Flottendivision sollen französische und englische Schiffe beigegeben werden, und von den griechischen Schiffen sollen die Farben der drei verbündeten Nationen gehißt werden. In der Frage der 50-Millionen-Entschädigung für die Hinterbliebenen der Offiziere sieht die Botschafterkonferenz vor, daß die griechische Regierung zunächst einmal 50 Millionen bei einer Bank zu hinterlegen hat, daß jedoch über die auszuzahlende Summe erst nach dem Ergebnis der Untersuchung bestimmt werden soll. Hinsichtlich der Besetzung Korfus nimmt die Botschafterkonferenz in einer Note bereits eine Erklärung Italiens zur Kenntnis, daß dieses beabsichtigt, Korfu zu räumen, sobald es Genugtuung erhalten hat.

### Neue Wendung in der Adria.

London, 7. Sept. Der italienisch-griechische Konflikt scheint durch die Haltung der albanischen Regierung eine unerwartete Wendung nehmen zu wollen. Der „Daily Telegraph" will erfahren haben, daß die albanische Regierung den Alliierten mitgeteilt habe, sie weigere sich, eine Untersuchung der Botschafterkonferenz zur Aufklärung der Mordtat auf albanischem Gebiete zuzulassen. Dieser seltsame Zwischenfall habe zur Folge gehabt, daß man daran zu zweifeln beginne, ob die Mordtat überhaupt von Griechen begangen worden sei.

Ueber die Tragweite der gestrigen Genfer Beschlüsse in sich die Londoner Presse vorläufig noch nicht ganz im Klaren. Immerhin glaubt der Genfer Korrespondent der „Times", daß ein direkter Konflikt infolge dieser Beschlüsse früher oder später unvermeidlich sei. Die „Times" selbst glaubt, daß die Lage zum Teil wieder ernster geworden sei, daß man aber dennoch nicht alle Hoffnungen aufgeben dürfe, weil die Folgen auch für eine Völkerbunds-Aktion verhängnisvoll werden müßten

### Neue Forderungen der Italiener.

London, 7. Sept. Einem Telegramm aus Athen zufolge soll die italienische Regierung von Griechenland eine Ergänzungssumme von 15 Millionen Lire für die Deckung der Besatzungskosten von Korfu gefordert haben.

## Kirche, Schule und Haus.

### Ein ergreifendes Momentbild von der Fuldaer Bischofskonferenz.

Die Beratungen der hohen kirchlichen Würdenträger in der Bonifatiusstadt Fulda sind zu Ende; zum letzten Male steigt der Trierer Bischof Bornewasser in die Krypta des großen Deutschenapostels hinunter, um im heiligen Opfer noch einmal Gottes Segen auf den Erfolg der diesjährigen Tagung herabzuflehen. Doch was ist das? Die Bonifatiusgruft ist dicht gedrängt voll Menschen, die Stufen sind besetzt, Kopf an Kopf stehen sie, und manches bekannte Gesicht sieht der Oberhirt unter den Betern. Das hl. Opfer beginnt; die ganze große betende Gemeinde liegt auf den Knien. Schluchzen und unterdrücktes Weinen geht durch die Menge. Kaum ist die heilige Handlung zu Ende, da drängen sich die ausgewiesenen Trierer Katholiken um ihren Oberhirten und bitten um seinen Segen. Vom Gestade der Nordsee sind sie gekommen, vom Harz, aus Thüringen, aus allen Winkeln des deutschen Vaterlandes; sie wollen in ihrem Bischof ein Stück ihrer Heimat wiedersehen. Und der Oberhirt segnet jeden Einzelnen mit den Reliquien des hl. Bonifatius; über anderthalb Stunden lang segnet er sie; hohe Beamte und einfache Arbeiter, Männer in ergrauten Bärten und weinende Frauen, zitternde Greise und unschuldige Kinder. Als er von den Landvertriebenen Abschied nahm, als er tausend Grüße an die Heimat von den Lippen der schluchzenden Menge las, da stand ein eigenartiges Leuchten in seinen Augen. Hat man euch auch eure Heimat genommen, in der katholischen Kirche habt ihr immer noch eine Heimstätte, die euch kein Haß nehmen kann, weil sie auf der Liebe gegründet ist. Getrosten Mutes nahmen dann die Trierer Katholiken Abschied von ihrem Oberhirten und zerstreuten sich wieder in der deutschen Gaue, allüberallhin, weiter das Brot der Verbannung zu essen.

## Zur Lage.

In Bottrop beschlagnahmten die Belgier sieben Räume im Rathaus zu Bürozwecken.

In Osterfeld ist die über die Wirtschaften verhängte Sperre wieder aufgehoben.

Auf der Strecke Wesel-Sterkrade ist deutscherseits der Zugverkehr wieder aufgenommen.

In Volkwinkel wird seit der vergangenen Nacht eine äußerst scharfe Kontrolle der Züge ausgeübt.

Vom Bochumer Kriegsgericht wurde am 7. September wegen Vergewaltigung eines deutschen Mädchens ein französischer Soldat zu zehn Tagen Gefängnis (!) verurteilt.

Wegen Paßvergehens und Fahrraddiebstahls erhielt ein gewisser Lange 11 Monate Gefängnis.

In Hörde wurde am 5. September die Familien des bereits ausgewiesenen Regierungsrates Jäger und Oberregierungsrates Wiking von den Franzosen ausgewiesen.

In Datteln ist gestern der Beigeordnete Wille, in Bottrop aus Anlaß der Auffindung von Ausrüstungsgegenständen der Beigeordnete Krebs, der Polizeikommissar Bosse und sechs Polizeibetriebsassistenten von den Franzosen bezw. von den Belgiern festgenommen worden. Die Polizeibeamten in Bottrop sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die „Bottroper Zeitung", die am 23. August auf acht Tage verboten worden war, weil sie die Protestaktion der vereinten Gewerkschaftsverbände in Hamm gegen die Verlängerung der Verkehrssperre veröffentlicht hatte, ist neuerdings ohne Angabe von Gründen bis zum 30. September verboten worden.

# Stadtverordneten-Sitzung

### vom 7. September 1923.

In der Stadtverordnetensitzung am vergangenen Freitag standen die Erhöhung des Gaspreises, die Bewilligungen von städtischen Krediten und die Wahl eines Stadtbaurats im Mittelpunkt der Verhandlungen, an welcher 26 Stadtverordnete, sowie die Herren Bürgermeister Rohrmann, Beigeordnete Thoholte, Stadtrat Melchheier und Stadtbauführer Wohlfahrt teilnahmen. Infolge der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in Sachen der Stadtbauratswahl nahm die Sitzung einen ziemlich lebhaften Verlauf, so daß das Dutzend Zuhörer auf der Tribüne im Gegensatz zu den Sitzungen der beiden letzten Jahre auf die Rechnung kam. Im Interesse der Entwicklung unserer Stadt liegt das Vorgehen genannter Partei jedenfalls nicht und wird deshalb zweifellos nicht den Beifall sämtlicher Wähler aus den eigenen Reihen finden.

Punkt 1. **Einführung eines Stadtverordneten.** Da Herr Stadtverordneter Koordt sein Mandat niedergelegt hatte, so wurde als sein Nachfolger, nachdem die beiden nächsten Kandidaten des Wahlvorschlages, die Herren Meyer und Kronenberg verzichtet, Herr Walzer Sippel, Theodorstraße 3, als Stadtverordneter durch Herrn Bürgermeister Rohrmann in sein Amt eingeführt und verpflichtet und durch den Stadtverordnetenvorsteher Herrn Jöckel namens des Kollegiums willkommen geheißen.

Punkt 2. **Genehmigung eines Vertrages.** Herr Bauunternehmer Josef Kremer tritt von seinem am Nordwall gelegenen Grundstück den in die Straße fallenden Teil unter vertragsmäßig festgelegten Bedingungen an die Stadt ab.

Kollegium war debattelos einverstanden.

Punkt 3. **Rückzahlung von Baukostenzuschüssen.** Die Kaufanwärter des Spar- und Bauvereins Heller und König, Westenheide 21 und 22, haben die Rückzahlung stadtseitig gewährter Darleben beantragt.

Es fand sich nichts dagegen zu erinnern.

Punkt 4. **Bewilligung von Zuschüssen.** Die Gemeinden Holzen und Wandhofen haben auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes bei der Stadt Schwerte Zuschuß zu Schul- und Armenlasten und polizeiliche Zwecke beantragt. Es handelt sich um Bewohner genannter Gemeinden, die in Schwerte beschäftigt sind. Für Holzen kommen 1 325 000 ℳ, für Wandhofen 200 000 ℳ in Betracht.

Kollegium stimmte ohne Debatte zu.

Stadtv. Otten fragte an, welches Ergebnis entsprechende Anträge der Stadt Schwerte bei den Gemeinden Iserlohn, Fröndenberg Hörde und Dortmund gehabt hätten.

Stadtrat Melchheier erwiderte, es kämen keine nennenswerte Beträge in Betracht, da aus genannten Gemeinden die annähernd gleiche Zahl von Arbeitskräften in Schwerte beschäftigt seien.

Punkt 5. **Gaspreis.** Derselbe mußte infolge der enormen Steigerung der Kostenpreise usw. nach der Vorlage des Magistrats mit Wirkung vom 1. August an auf 500 000 ℳ pro Kubikmeter erhöht werden. Weiterhin sah die Magistratsvorlage vor, daß die Gasabnehmer alle 10 Tage zahlen und zum Ablesen der Gasuhren aushilfsweise erwerbslose Personen herangezogen werden sollen.

Stadtv. Möhle fand den Sprung von 8500 Mark auf 500 000 ℳ zu hoch; man hätte staffeln sollen. Viele Familien seien nicht in der Lage, die Gasrechnung auf einmal zu bezahlen. Für solche Fälle sei Bezahlung in zwei Raten wünschenswert.

Stadtv. Schulte wies darauf hin, daß die Gasanstalt sich rentieren müsse und keine Zuschüsse aus Allgemeinmitteln notwendig machen dürfe.

Die Stadtv. Henschel und Sürig fanden den Preis gleichfalls in seiner Entwicklung als zu drückend für weitere Volkskreise, zumal angesichts des Emporschnellens der Lebensmittelpreise, bei dem die Geschäftswelt nicht ohne Schuld sei.

Stadtv. Wilkes verteidigte dem Stadtv. Sürig gegenüber die Geschäftswelt, die lediglich durch die Kursbildung zu ihrem Verhalten im Interesse der Selbsterhaltung gezwungen sei. Weiterhin schlug er dem Magistrat vor, bei der Einziehung der Gelder sich eines schnelleren Verfahrens, das er näher schilderte, zu bedienen.

Stadtv. Kirchhoff führte aus, daß ein geringerer Gaspreis nicht in Frage kommen könne; die Kommission habe eingehend geprüft und gearbeitet.

Stadtbauführer Wohlfahrt wies nach, daß seit der letzten Preisfestsetzung der Kohlenpreis sechsmal erhöht sei und daß eine große Anzahl von Städten des Regierungsbezirkes Arnsberg seit dem 1. August bereits 600 000 und mehr ℳ für den Kubikmeter fordern.

Bürgermeister Rohrmann ergänzte die Ausführungen dahin, daß auch Schwerte den Gaspreis eigentlich auf mindestens 600 000 ℳ hätte festsetzen müssen und eine weitere Erhöhung unvermeidlich sei. Es sei notwendig geworden, der Gasanstalt erhebliche Vorschüsse aus der Stadtkasse zu gewähren, und dieser Zustand müsse aufhören. Die Gasanstalt habe z. B. im Monat Juni eine Gesamteinnahme von 130 Millionen Mark und in einer einzigen Woche im August eine Auszahlung von rund 600 Millionen Mark Löhne für die Arbeiter der Gasanstalt gehabt. Das führe zu unhaltbaren Zuständen und es heiße zu bewilligen oder die Gasanstalt zu schließen. Anträge auf Teilzahlungen würden Berücksichtigung finden, wo Not vorläge.

Der Gaspreis wurde sodann mit erheblicher Mehrheit genehmigt.

**Punkt 6. Beschaffung von Krediten.** Der Magistrat beantragte an Krediten für die Kommunalverwaltung eine Milliarde, für das Gas- und Wasserwerk zwei Milliarden, bei der Sparkasse aufzunehmen.

Bürgermeister Rohrmann begründete die Vorlage, die inzwischen infolge der Geldentwertung unzureichend sei.

Die Stadtv. Wilkes und Schulte schlossen sich diesen Ausführungen an. Ein Antrag Schulte, bis zu je 20 Milliarden Kredit zu bewilligen, wurde, nachdem die Deckungsfrage erläutert war, angenommen.

**Punkt 7. Beschaffung von Kohlen und Kartoffeln.** Den Ortsarmen, Klein- und Sozialrentnern sollen nach der Magistratsvorlage im bevorstehenden Winterhalbjahre Kohlen und Kartoffeln in einem Umfange gewährt worden, daß sie vor der äußersten Not geschützt sind.

Stadtrat Melchheier erläuterte die Vorlage, wies deren Notwendigkeit nach — in Betracht kommen etwa 350 Familien — und bat um Annahme.

Es wurde für diesen Zweck ein Kredit bis zu 50 Milliarden beschlossen.

Die Punkte 8 bis 17 wurden ohne Aussprache angenommen.

---

## Das Forsthaus im Teufelsgrund.

**Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.**

31 (Nachdruck verboten.)

„Dann können wir ja sogleich aufbrechen und unsern Weg dorthin lenken, dann sind wir vor Anbruch der Dunkelheit zurück und können sogar noch nach Partenstein fahren."

„Sind Sie bewaffnet?"

Eine seltsame Frage für ein Mädchen, die wieder den ganzen Argwohn Rechenbachs erregte. Und doch sagte er sich von neuem, die Frage war natürlich. Eine furchtsame junge Dame konnte sie aus dem Gefühl heraus stellen, sich nur der Begleitung eines Mannes anzuvertrauen, der auch in der Lage war, sie zu verteidigen. Aber die Anarchistin konnte sie auch stellen mit der Absicht, zu erfahren, ob er verteidigungsfähig sei, ob ihr Anschlag die Möglichkeit des Gelingens bot, ob er leicht oder schwer auszuführen sei. Aber wenn er jetzt auswich und nicht versuchte, der Sache auf den Grund zu kommen, so verlor er wiederum Zeit. Darum war er fest entschlossen den Ausflug mit Hertha zu wagen, damit er endlich einmal Klarheit erhielt, Klarheit auch in einer anderen Frage, Klarheit, warum sie ihn in der Einsamkeit des Hochspessarts aufgesucht hatte, Klarheit, über das wirkliche Verhältnis zu ihrem Bruder.

In dieser Absicht sagte er:

„Wenn Sie wünschen, mein gnädiges Fräulein, können wir jetzt unseren Spaziergang antreten."

Hertha stand bereitwillig auf, wenn auch von neuem das Rot der Verlegenheit ihr liebliches Gesicht überzitterte. Sie schritt dann jedoch ruhig an seiner Seite hin, bis sie die letzten Häuser des Hammers hinter sich hatten und die volle Einsamkeit des Waldes sie umfing. Da blieb sie plötzlich stehen und schaute ihm frei und ehrlich in die Augen.

„Verzeihen Sie, Herr Staatsanwalt, ich möchte doch lieber wieder umkehren."

„Wie Sie befehlen," antwortete er ziemlich mißmutig, denn die Unterhaltung war in den letzten Augenblicken von den düsteren Gegenständen abgesprungen und hatte sich freundlicheren Dingen zugewandt. Rechenbach hatte schon gehofft, daß es ihm gelingen werde, auch die ihn am meisten bewegende Frage zu lösen, ob Herthas Herz noch frei sei. Es handelte sich für ihn jetzt nicht nur um eine Liebe auf den ersten Blick, denn seit dem Augenblick da sie in sein Leben getreten war, hatte ihr Bild ihn nicht mehr verlassen. In all dem Häßlichen, Traurigen des gefährlichen Kampfes, den er mit den finsteren Gewalten der menschlichen Gesellschaft zu führen hatte, war Herthas Bild der eine leuchtende Punkt gewesen, der ihn immer wieder entzückt und hingerissen hatte. In dem schwer zugänglichen Herzen des reifen Mannes hatte eine tiefe, unüberwindliche Neigung Platz gegriffen, er fühlte, daß in Hertha ihm die Entscheidung genaht sei, sie oder keine war für ihn die Losung.

Da war es natürlich, daß es ihn verstimmte, wenn sie den kleinen Spaziergang wieder abbrechen, seine Nähe wieder fliehen wollte.

Vielleicht ist es gut so, sagte er sich, vielleicht ist sie deiner Neigung gar nicht wirdig und sofort raunte ihm der eifersüchtige Dämon ins Ohr: Eine Dame, die zweimal sich nicht entblödet, einen Mann aufzusuchen, kann unmöglich eine Frau für dich sein. Er ahnte ja nicht, von welch' unüberwindlichen Gewalten dieses Mädchen getrieben wurde, Gewalten, denen ihre schwache Kraft nicht gewachsen war, ja, denen sie sich nicht einmal entziehen konnte.

So traten sie langsam den Rückweg an. Rechenbach in finsteres Brüten versunken und nicht fähig, seine Verstimmung vor der jungen Dame zu verbergen.

Hertha kämpfte sichtlich mit sich selbst. Sie sah den schönen, jetzt so düster blickenden Mann mehrmals von der Seite an, sie bewegte auch wohl schon die Lippen, aber sie beherrschte sich wieder, schluckte gleichsam das schon dem Gehege der Zähne entflohene Wort hinunter und überließ die Verstimmung ihres Begleiters sich selbst.

Absichtslos hatte Rechenbach einen anderen Weg gewählt, der steil von der Höhe in den Grund niederführte. Er wußte nicht, daß dieser Pfad an einer schroffen Felskante endete, die für einen gewandten Bergsteiger natürlich leicht zu überspringen, für eine junge Dame aber ein fast unüberwindliches Hindernis bot. Als sie an dieser Stelle angekommen waren, mußten sie unwillkürlich stehen bleiben und Rechenbach sah sich gezwungen, sein düsteres Schweigen zu brechen

„Verzeihen Sie, mein gnädiges Fräulein, daß ich Sie in eine so unangenehme Lage gebracht habe, es bleibt uns nichts anderes übrig, als zurückzugehen, aber da Ihnen meine Gesellschaft offenbar in dieser Einsamkeit nicht wünschenswert . . ."

„O bitte, Herr Staatsanwalt, wie können Sie etwas derartiges aussprechen."

Sie sah ihn mit ihren unschuldsvollen Augen an und große Tränen schimmerten ihm entgegen.

Im Augenblick war seine Verstimmung verflogen und sein Herz sagte ihm, daß diese Augen nicht trügen konnten. Er reichte ihr die Hand und sagte mit dem weichen Ton, der nur einem ehrlich liebenden Manne zu Gebote steht:

„Wenn Sie sich auf meinen Arm stützen wollen, so können wir ohne Gefahr das Hindernis überwinden."

Sie lächelte leicht und ergriff die dargebotene Hand. Aber als sie ihr kleines Füßchen auf das schmale Stück Fels, das zwischen dem Geröll aufragte, setzte und die Schroffe hinabblickte, erfaßte sie ein plötzlicher Schwindel und sie wäre unrettbar in die Tiefe gestürzt, hätte Rechenbach nicht mit schnellem Griff den Arm um ihre Taille gelegt und sie im Sprunge hinabgetragen.

Keinen Augenblick länger als unbedingt nötig hielt er die schlanke Gestalt in seinen Armen und ein dankbarer Blick für diese taktvolle Zurückhaltung belohnte ihn.

„Ich wollte Sie nicht kränken, Herr Staatsanwalt, ich bitte Sie, meine Empfindungen zu verstehen. Ich habe schon so viel von meiner Mädchenhaftigkeit ablegen müssen, um zu Ihnen zu kommen, es kämpft etwas in mir, ich bitte Sie, erlassen Sie mir jede Erklärung.

„Ich werde mich niemals in Ihre Geheimnisse drängen, mein gnädiges Fräulein . . ."

„Sie denken schlecht von mir, Sie müssen schlecht von mir denken, ich weiß es, mein Benehmen ist ganz ungewöhnlich, ganz unweiblich, aber wenn Sie wüßten, was für mich auf dem Spiele steht."

Ein heftiges Schluchzen erschütterte sie und sie preßte das Taschentuch vor Mund und Augen. Einen Augenblick schien sie zu schwanken und nicht weitergehen zu können, mit irrender Hand tastete sie nach einer überhängenden Kiefer und ließ sich auf den schwellenden Moosboden niedersinken.

(Fortsetzung folgt.)

Punkt 8. Kleinrentnern und dergl. kann auf Antrag der Preis für ein Kubikmeter Gas, soweit kein Verbrauch vorliegt, erlassen werden.

Punkt 9. Die Pflegesätze der Armenpfleglinge in den Krankenhäusern wurden nach den Vorschlägen festgesetzt.

Punkt 10. Der Beitrag für das „Cäcilienstift" in Lippspringe wurde auf 30 000 ℳ erhöht.

Punkt 11 und 12. Die Beiträge für den Preußischen Städtetag und die Provinzialvereinigung kreisangehöriger Städte Westfalens wurden antragsgemäß erhöht.

Punkt 13. Der Beitrag für die deutschen Jugendherbergen wurde für 1923 auf 150 000 ℳ erhöht.

Punkt 14. Gegen die Anstellung des Herrn Studienassessors Schmidtmann als Studienrat am städtischen Realgymnasium wurden Einwendungen nicht erhoben.

Punkt 15. Dem Hausmeister am Realgymnasium soll auf grund des Umfanges seiner Arbeit der Unterschied zwischen Gruppe 3 und 4 als widerrufliche Zulage gewährt werden.

Punkt 16. Die Ausdehnung der Berufsschulpflicht auf solche Jugendliche, die aus der Volksschule entlassen sind, aber noch keine Arbeitgeber gefunden haben, wurde genehmigt. In diesen Fällen haben die Eltern die Berufsschulbeiträge zu zahlen.

Punkt 17. Die Festsetzung der Berufsschulbeiträge für das 1. Halbjahr des Schuljahres 1923 erfolgte nach der Magistratsvorlage.

**Punkt 18. Schulgeld für freiwillige Schüler der Berufsschule.** Nach der Magistratsvorlage sollen freiwillige Schüler der Berufsschule für das 1. Halbjahr des Schuljahres 1923 200 ℳ, auswärtige 300 ℳ pro Einzelstunde als Schulgeld zahlen.

Von allen Seiten des Hauses wurde der Vorlage gegenüber darauf hingewiesen, daß diese Sätze völlig unzureichend seien und bei weitem nicht die Kosten ihrer Einziehung deckten.

Ein Antrag Bühning, die Sätze auf 5000 für einheimische, 7500 ℳ für auswärtige Schüler zu erhöhen, wurde angenommen.

Bei dieser Gelegenheit wurde angeregt, die Schulgelder aller Lehranstalten mindestens für ein Quartal im voraus einzuziehen, da sie sonst, zumal angesichts ihrer niedrigen Gestaltung fast wertlos für die städtischen Finanzen seien.

Die Punkte 19—22 gelangten debattelos zur Annahme.

Punkt 19. Die Entschädigung für Schulreinigung und das alte Rathaus wurde nach der Magistratsvorlage genehmigt.

Punkt 20. Die Straßenreinigungsgebühren wurden mit Wirkung vom 1. September an auf 200000 ℳ für ein Quadratmeter gepflasterte und 150000 ℳ für ungepflasterte Fläche erhöht.

Punkt 21. Eine Polizeistrafe in Höhe von 16,50 ℳ gegen H. Richts wurde wegen unbekannten Aufenthaltes niedergeschlagen.

Punkt 22. Von der Einziehung geringer Steuerbeiträge durch Inanspruchnahme auswärtiger Gemeinden soll Abstand genommen werden, da das Porto die Beträge übersteigt.

**Punkt 23. Aufnahme in den preußischen Staatsverband.** Das Gesuch des polnischen Staatsangehörigen Jeske um Aufnahme in den preußischen Staatsverband wurde, nachdem die Stadtv. Schulte und Gorholt gegen, Stadtv. Sürig für die Aufnahme gesprochen, mit fast Einstimmigkeit abgelehnt.

**Punkt 24. Wahl des Stadtbaurats.** Magistrat, Wahl- und Personalausschuß schlugen zur engiten Wahl die Herren Dipl.-Ingenieur Weber-Essen und Dipl.-Ingenieur Roll-Remscheid vor.

Stadtv. Scharfe teilte einen Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion mit, nach welchem diese sich an der Wahl nicht beteilige und dieselbe erst nach den Neuwahlen erfolgen solle. Er begründete diesen Beschluß damit, daß die Besetzung, nachdem sie über zwei Jahre verzögert, nun auch nicht als dringlich anzusehen sei, zumal in Schwerte nicht gebaut wurde.

An diese Ausführungen, die bei dem ganzen Hause, zumal angesichts der bisherigen Stellungnahme der Soz. Fraktion einmütiges Befremden auslöste, schloß sich eine ausgedehnte Debatte. Dieselbe nahm, nachdem Stadtv. Scharfe dem übrigen Teile des Hauses in einem Zwischenrufe Komödie vorwarf, einen erregten, stellenweise leidenschaftlichen und mit persönlichen Auseinandersetzungen durchsetzten Verlauf.

Bürgermeister Rohrmann und der Magistrat verwahrte sich energisch gegen den Vorwurf der Verzögerung der Angelegenheit und wies auf die auch dem Stadtv. Scharfe bekannte Tatsache der Mitwirkung des Kürsorgeamtes und der langen Verhandlungen mit dieser Behörde hin. Dem Magistrat sei es lediglich darauf angekommen, die Stelle mit einer tüchtigen Kraft, welche die Entwicklung der Stadt Schwerte zu fördern die Aufgabe habe, zu besetzen. Der Beschluß der Soz. Fraktion sei auch aus dem Grunde zu bedauern, daß sie der Verwaltung, die angesichts der Gegenwartsverhältnisse bis zur Ueberlastung und dem körperlichen Zusammenbruch einzelner Beamte in Anspruch genommen sei, die Mitarbeit eines weiteren Beamten, dessen Anstellung alle Parteien des Hauses als dringend notwendig erkannt und gefördert hätten, entziehe.

Die Stadtv. Möhle, Schulte, Keuler, Otten, Fräulein Ludwig, Wilkes und Gorholt bezeichneten gleichfalls das jetzige Vorgehen der Soz. Fraktion als unbegreiflich und wiesen darauf hin, daß unter Mitwirkung und Zustimmung der Soz. Fraktion die Ausschreibung der Stelle, die Sichtung der Bewerbungen, die persönliche Vorstellung der beiden Kandidaten in einer der letzten Stadtverordnetensitzungen erfolgt sei und daß gerade Stadtv. Scharfe als Sprecher seiner Fraktion in der letzten Stadtverordnetensitzung die Geeignetheit der Kandidaten für die Stelle betont und für die Wahl eingetreten sei. Außerdem stehe der Zeitpunkt der Neuwahlen noch nicht fest und würde möglicherweise auf unbestimmte Zeit verschoben, und dem Stadtbaurat müsse Gelegenheit gegeben werden, sich einzuarbeiten. Die Erlangung einer Zweidrittelmehrheit sei stets an ein Einigen gebunden, auch nach den Neuwahlen. Bei der Besetzung der Stadtbauratstelle komme es lediglich auf die Tüchtigkeit, nicht auf die politische Einstellung des Bewerbers an. Die Verantwortung für die Nachteile infolge der Nichtbesetzung bleibe der Soz. Fraktion.

Stadtv. Frage betonte, daß auch das Zentrum sich trotz des Anspruchs des katholischen Volksteils auf Beamte in höheren Stellungen sich aus sachlichen Erwägungen und Notwendigkeit der Besetzung für die Wahl entschieden habe.

Die Stadtv. Scharfe und Sürig vertraten wiederholt den Beschluß ihrer Fraktion und forderten, die Stelle eines besoldeten Magistratsmitgliedes müsse ihrer Partei, als der stärksten des Hauses, vorbehalten bleiben.

Ein Antrag Duisberg, die Sitzung zu unterbrechen, um der Soz. Fraktion Gelegenheit zur Beratung zu geben, fand keine Annahme.

Da also die für Bestätigung gesetzlich verlangte Zweidrittelmehrheit, also bei dem Vorhandensein von 30 Stadtverordneten mindestens 20 Stimmen für einen der beiden Bewerber nicht zu erzielen war, so verlief die Debatte, in deren Verlauf dem Stadtv. Scharfe darüber Vorhaltungen gemacht wurden, daß er als nunmehriger städtischer Beamter gegen die Interessen der Stadt und ihrer Beamtenschaft arbeite, vielleicht selbst auf den Posten rechne, was er aber bestritt, ergebnislos.

**Punkt 25. Verschiedenes.** Stadtv. Möhle brachte die Frage städtischer Beihilfen bei der Sargfrage, Stadtv. Gorholt die Gestaltung der Milchpreise zur Besprechung. Vom Magistratstische wurde die gewünschte Aufklärung gegeben.

In der sich anschließenden geheimen Sitzung wurden zwei Gesuche erledigt und der Magistrat in der Frage der Herstellung von Notgeld mit entsprechender Vollmacht versehen.

Schluß der Sitzung 9¼ Uhr.

# Aus Stadt und Land.

Schwerte, 10. September 1923.

**Erinnerungen.**

1697 Prinz Eugen von Savoyen schlägt die Türken bei Zenta.

1709 Schlacht bei Malplaquet. Sieg der Preußen, Österreicher u. Engländer über die Franzosen.

1723 Der Pädagog Joh. Bernh. Basedow geboren.

— **Achtung! Letzter Tag der Rhein-Ruhr-Abgabe!** Wer den Termin versäumt, hat den vierfachen Betrag als Strafe zu zahlen!

— **Ein Flieger,** anscheinend ein französischer, überflog am gestrigen Sonntag morgen zwischen 10 und ½11 Uhr unsere Stadt. Es ist anzunehmen, daß derselbe Kundschafterdienste verrichtet.

— **Pilze.** Die Pilzprüfungskommission mußte die Erfahrung machen, daß leider so viele Pilze zertreten und zertrampelt gefunden werden. Sie ersucht deshalb die Waldspaziergänger, die Pilze zu schonen, da dieselben als sehr gute Nahrungsmittel zu verwenden sind.

— **Die hiesige Polizei** beschlagnahmte heute morgen Zigaretten im Werte von mehreren Milliarden Mark.

— **Fahrpreisermäßigung für italienische Besucher der Frankfurter Messe.** Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung, die der Frankfurter Messe für den Verkehr mit Italien zukommt, hat die Generaldirektion der italienischen Staatsbahnen italienischen Besuchern der bevorstehenden Frankfurter Herbstmesse (vom 23. bis 29. September) eine zwanzigprozentige Fahrpreisermäßigung bewilligt. Interessenten erfahren Näheres durch die Geschäftsstelle des Meßamts in Italien, Mailand 29, Via Stettembrini 11.

:: **Nach einer dem Kreiswohlfahrtsamt** zugegangenen Mitteilung von der Provinzialstelle für „Landaufenthalt" in Münster i. Westf., wird, um das Ruhrgebiet in der Ernährungsfrage zu entlasten, ein längerer Aufenthalt unserer Kinder in ihren Pflegestellen auf dem Lande noch gewünscht. Abhängig ist die Durchführung dieses Wunsches von der Zustimmung der Eltern der Kinder, und von der Zustimmung der Aufnehmenden. Einige der Kleinen haben sich allerdings in ihrer neuen Heimat so eingelebt, daß von Rückkehr und Trennung nicht gerne gesprochen wird. Alle Eltern, die ihre Kinder noch weiter in den Pflegestellen lassen wollen, müssen sich in den nächsten Tagen mit dem Amte, das die Versendung veranlaßt, in Verbindung setzen. Die Rückkehr der Kinder aus Schleswig-Holstein, Hessen, Herford, Brandenburg, Mecklenburg-Strelitz erfolgt in den Tagen vom 16.—20. September. Die Kinder in Württemberg, Schlesien Ostpreußen werden jedoch noch einige Wochen fortbleiben. Nähere Angaben der Ankunftszeiten der Kindertransporte erfolgt. An die Eltern aber richten wir die Bitte, nicht eigene Wünsche, sondern auch hier wieder, wie bei der Versendung, das Wohl des Kindes im Auge zu haben.

**Befreiungskrieg oder Befreiungsfriede?** über dieses Thema sprach gestern abend im Milbergschen Saale auf Veranlassung der Ortsgruppe Schwerte der Deutschen Friedensgesellschaft der Generalsekretär der Gesellschaft Seger-Berlin. Die Versammlung, die unter dem Vorsitz des Herrn Lehrer Kaiser tagte, war allerdings nur mäßig besucht. Nachdem der Redner zu Anfang seiner 1½stündigen Ausführungen sich mit den wirtschaftspolitischen Kriegszielen der verschiedenen Mächtegruppierungen beschäftigt und die nach seiner Ansicht über das militärisch notwendige hinausgehende Zerstörung der nordfranzösischen Industrie als schwerstes Verbrechen gekennzeichnet hatte, kam er auf die gegenwärtige außenpolitische Lage, insbesondere auf das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich zu sprechen. Die heutige Lage ist nach ihm nur die Frucht der Gewaltpolitik, die von allen Seiten von dem Militarismus schon seit langen Jahren getrieben sei und die jetzt ihre traurigen Früchte zeitige. Zu dem Ruhrkrieg übergehend, ist er der Ansicht, daß Deutschland von einer gewissen Schuld an den jetzigen traurigen Verhältnissen nicht freizusprechen sei. Man habe von deutscher Seite zu wenig ernstlichen Willen gezeigt, die Reparationsforderungen zu erfüllen; habe es doch in gewissen Kreisen zum guten Ton gehört, die an sich geringen deutschen Sachleistungen so weit wie möglich zu sabotieren. Dieses Verhalten maßgebender deutscher Kreise haben jenen französischen Politikern und Scharfmachern Wasser auf die Mühle geliefert, die um jeden Preis ins Ruhrgebiet einmarschieren wollten. Den passiven Widerstand glaubt der Redner nicht mehr lange aufrecht erhalten zu können. Man habe auch bei der Organisierung dieses Abwehrmittels den großen Fehler während des Krieges gemacht, die eigenen Kräfte über- und diejenigen des Gegners unterschätzt. Die Kräfteverhältnisse in diesem Kampfe seien zu ungleich und es sei die allerhöchste Zeit, demselben ein Ende zu machen. Jetzt könne man durch Aufgeben des passiven Widerstandes vielleicht noch Kompensationen erreichen, später nicht mehr und da sei es an der Zeit, keine Vogel Strauß-Politik zu treiben, sondern so schnell wie möglich direkte Verhandlungen mit Frankreich herbeizuführen. Dagegen sträube sich zwar das deutsche Gefühl, und das sei durchaus verständlich, aber es werde uns kein anderer Weg bleiben, Deutschland vor dem Zusammenbruch und damit vor dem allgemeinen Chaos zu bewahren. Er ging dann noch kurz auf den italienisch-griechischen Konflikt und auf die Aufgaben des Völkerbundes in diesem Konflikt ein und trat dann in begeisterten Worten für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung ein, für die wir Frieden aber keinen Krieg brauchten. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Die Ausführungen des Redners wurden in der Aussprache von verschiedenen Seiten unterstrichen. Einer der Diskussionsredner, der u. a. erklärte, bei Ausbruch eines eventuell neuen Krieges lieber die schärfsten Freiheitsstrafen auf sich zu nehmen, als sich die Waffe in die Hand drücken zu lassen, forderte den Anschluß an Rußland, während ein anderer für seine anarchistischen Ideen Propaganda zu machen suchte, aber wenig Gegenliebe fand und nur erreichte, daß die Besucher vorzeitig den Saal verließen.

# Aus den Provinzen.

**Paderborn.** Westfälischer Beamten- und Lehrertag. Die Tagung am Samstag, den 1. und Sonntag, den 2. September, in Paderborn hatte einen starken Besuch aus dem ganzen Bezirk des Westfälischen Provinzialverbandes des Deutschen Beamtenbundes und darüber hinaus. Wie es nicht anders sein konnte, standen die Verhandlungen ganz besonders unter dem Eindrucke der Besetzung des Ruhr- und Rheingebietes, aus dem leider eine sehr große Anzahl derer, die gerne teilgenommen hätten, durch die Verkehrssperre daran unfreiwillig gehindert wurde. Die ausgewiesenen Beamten, welche in benachbarten westfälischen Gebieten Aufenthalt haben, waren zahlreich erschienen und der Verband hatte besondere Vorsorge für ihre Belange getroffen durch Errichtung eines eigenen Bureaus, dessen Aufgabe es war, ihnen mit Rat und Auskunft zur Seite zu gehen. Vertreter der Behörden und Ehrengäste hatten sich ebenfalls zahlreich eingefunden. Reichspräsident Ebert hatte folgendes Telegramm gesandt: „Berlin, 31. Aug. Dem Verbandstag der Beamtenorganisationen der Provinz Westfalen übermittle ich in dankbarer Anerkennung der aufopfernden Haltung der Beamtenschaft im Abwehrkampfe herzliche Grüße. Möge Ihre Tagung dazu helfen, den Kampf um Recht und Freiheit unseres Volkes erfolgreich durchzuführen und der wirtschaftlichen Nöte Herr zu werden. Reichspräsident Ebert." Als Ehrengäste waren anwesend: Staatssekretär Becker-Arnsberg, Ministerialdirektor Dr. Falck und Oberfinanzrat König als Vertreter der Reichs- u. Staatsregierung, Oberpräsident Gronowski, Oberlandesgerichtspräsident Reiff etc.

**Gevelsberg.** Das vierjährige Kind Schade wurde am Freitag vor dem Hause Hagenerstraße 386 von einem Personenkraftwagen überfahren und starb in der folgenden Nacht an den erlittenen Verletzungen. Der Führer soll an dem Ueberfall keine Schuld tragen. Der Wagen fuhr angeblich in kräftigem Tempo.

# Letzte Drahtmeldungen.

## Noch keine Klärung der Währungsfrage.

Tu. Berlin, 10. Sept. Alle Gerüchte, die von einer Entscheidung des Kabinetts in dem Währungsproblem wissen wollen, eilen den Tatsachen voraus. Sie erwecken den falschen Eindruck, als ob bereits eine grundsätzliche Festlegung der Instanzen erfolgt sei. Diesen vielleicht nicht ganz zwecklosen Anstrengungen gegenüber empfiehlt sich äußerste Reserve. Es ist anzunehmen, daß die Entscheidung in der nächsten Kabinettssitzung, die für heute abend anberaumt ist, fallen wird.

## Notgeldausgabe ohne genügende Deckung.

Tu. Bochum, 10. Sept. Die Kriminalpolizei verhaftete hier die Direktoren der Bergwerks AG. Ruhr-Lippe, Karl John und Falk. Die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit der Herausgabe von Notgeld. Die vor einiger Zeit gegründete Gesellschaft betreibt den Kohlenschurf u. Tiefbau an der Ruhr- und Lippe, insbesondere die Ausbeutung sogenannter verlorener Bergwerksreviere, deren Ausbeutung für große Bergwerksunternehmungen unrentabel ist. Der Reichsfinanzminister hatte der Gesellschaft einer Herausgabe von Notgeld im Betrage von 50 Milliarden genehmigt, wenn sie für ausreichende Deckung sorgte. Die Gesellschaft hat jedoch Notgeld ausgegeben, trotzdem nur für etwa 5 Prozent Deckung vorhanden war.

## Zeitungsverbot.

Tu. Gelsenkirchen, 10. Sept. Die Besatzungsleitung hat den „Bochumer Anzeiger" in Bochum, die „Westfälische Volkszeitung" in Bochum und das „Ruhrecho" in Essen bis zum 5. November ds. Js. verboten.

## Geiselfahrt.

Tu. Sterkrade, 10. Sept. Für die Stadt Sterkrade wurden 33 Geiseln namhaft gemacht, die auf Regiezügen mitfahren müssen. Wie die Besatzungsmächte bei der Aufstellung der Leute verfahren, geht daraus hervor, daß Leute aufgeführt werden, die vor Jahren verstorben sind.

## Griechenlands Ultimatum an Albanien.

Tu. Paris, 10. Sept. Die „Information" meldet aus Genf, daß im Laufe dieser Woche in der Vollversammlung des Völkerbundes eine Debatte über die Reparationsfrage zu erwarten sei. Diese Debatte werde nicht auf die anderen Fragen eingehen, sondern in allgemeiner akademischer Form die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas behandeln. Der genannten Stelle zufolge wird Dr. Benesch die Aussprache einleiten.

## Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund.

Tu. Rom, 10. Sept. Der Agent der „Stefani" teilt mit, nach Blättermeldungen habe Griechenland an Albanien ein Ultimatum gesandt, in dem es innerhalb 5 Tagen die Namhaftmachung der an dem Mord in Janina Beteiligten verlangt. Mit dem Schritt versucht die griechische Regierung, ihre Politik fortzuführen, um der Verantwortlichkeit zu entgehen.

# Handel und Börse.

## Berliner Börsenberichte vom 8. September.

**Warenmarkt.**

**Mittagsbörse.** (Amtlich.) **Preise für 50 Kilo ab Station:** (In Tausenden Mark.) **Weizen Märk.** 73 000—75 000. **Roggen Märk.** 55 000 **bis** 59 000. **Sommergerste** 60 000—64 000. **Hafer Märk** 59 000—62 000. **Weizenmehl** (100 **Kilo)** 250 000—290 000. **Roggenmehl** (100 **Kilo)** 170 000 **bis** 210 000. **Weizen- und Roggenkleie** 36 000 **bis** 38 000. **Raps** 85 000—90 000. **Viktoriaerbsen** 130 000—150 000. **Kleine Speiseerbsen** 110 000 **bis** 125 000 **Trockenschnitzel** 35 000—38 000. **Kartoffelflocken** 59 000—60 000. **Torfmelasse Mischung** 30+70 23 000—25 000 **Mark**

Heu und Stroh.

**Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station.** (Amtlich.) (In Tausenden Mark.) **Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh** 1300—1400, **desgl. Haferstroh** 1100—1200, **desgl. Gerstenstroh** 950 **bis** 1050, **Roggenlangstroh** 725—750, **bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh** 650—700, **Häcksel** 2900—3100, **handelsübliches Heu** 1100 **bis** 1200, **gutes Heu** 1250—1350 **Mark.**

**Schlachtviehmarkt.**

**Auftrieb:** 1875 **Rinder** (653 **Ochsen, 350 Bullen** und 872 **Kühe** und **Färsen**) 550 **Kälber,** 3705 **Schafe,** 1221 **Schweine,** 26 **Ziegen,** 272 **Memelschweine Preise pro Zentner in Millionen Mk.: Ochsen** 150—350, **Bullen** 180—300, **Kühe und Färsen** 180—350, **Fresser** 180—210, **Kälber** 250 **bis** 420, **Schafe** 120—320, **Weidemastschafe** 500, **Schweine** 280—350, **Ziegen** 120—170. **Ausgesuchte Ware über Notiz. Verlauf: Glatt.**

**Indexzahlen und Preise.**

8. September.

| | |
|---|---|
| Tägliches Geld gegen Effekten | ½—1½ pro Tag. |
| Reichsbankdiskont | 30 Prozent |
| Goldankaufspreis | 640 Dollar pro Kilo. |
| Silberankaufspreis | 800 000fach. |
| Großhandelsindex | 1 695 100fach (28. 8.) |
| Desgl. am Stichtag 4. Sept. | 2 953 613fach |
| Lebenshaltungsindex | 37 651fach (Juli). |
| Desgl. am Stichtag 27. Aug. | 1 183 434fach |
| Ernährungsindex | 46 510fach (Juli). |
| Bekleidungsindex | 66 488fach (Juli). |
| Goldzollaufgeld | 245 359 900 Proz. |
| Buchhandelsindex | 3 000 000fach. |
| Aerzteindex | 2 000 000fach. |
| Bäderindex | 5 300 000fach. |
| Buchdruckerindex | 160 000fach. |




## Million, Billion, Trillion.

Zum besseren Verständnis der Größenverhältnisse der Million und Milliarde, der Billion und Trillion dürften die drei folgenden Beispiele beitragen. Einleitend sei bemerkt, daß eine Milliarde tausend Millionen, eine Billion einer Million Millionen, eine Trillion einer Million Billionen entspricht.

1. Wenn jemand täglich (durchschnittlich) eine Million ausgäbe, dann würde eine Milliarde für zwei Jahre und 270 Tage ausreichen. Zur Ausgabe einer Billion wären (bei der hier angenommenen Tagesrate=2730 Jahre und 265 Tage erforderlich.

2. Von einer gewissen Sorte von ungebranntem Bohnenkaffee wiegen 100 Bohnen 15 Gramm. Demnach würde eine Million solcher Bohnen 150 Kilogramm wiegen, eine Milliarde schon 150 Doppelzentner und eine Billion hätte das respektable Gewicht von anderthalb Millionen Doppelzentnern.

3. Ein Sekundenpendel macht in jeder Sekunde eine Schwingung. Eine Million Schwingungen wäre nach 11 Tagen, 13 Stunden und 46 Minuten vollendet, eine Milliarde aber erst nach 31 Jahren 259 Tagen. Zu einer Billion Sekundenschwingungen würde ein Zeitraum von 31 709 Jahren und 298 Tagen, zu einer Trillion würden rund 31 710 Millionen (genauer 31 709 791 983) Jahre erforderlich sein.

Das sind Zahlen, die an astronomische Berechnungen erinnern. Nach solcher beträgt zum Beispiel die Entfernung der Sonne von der Erde 20½ Millionen geographische Meile, die des Polarsterns fast 25 Millionen Meilen (185 Billionen Kilometer).

# Wem gehört das Geld?

**Unbefugter Nachdruck dieser Artikel, auch im einzelnen, ist streng verboten.**

Es ist uns ein Anliegen, unseren Lesern nach jeder Richtung hin bestens zu dienen. Wenn möglich, wollen wir jedem auch den ihm zukommenden irdischen Besitz verschaffen. Nun liegen seit mehreren Jahren (etwa seit Beginn des Krieges) in Amerika viele Gelder von dort verstorbenen eingewanderten Deutschen und ähnl., deren Erben oder Besitzer bis jetzt in Deutschland noch nicht gefunden sind.

Wir haben uns bemüht, die lange, ausgiebige Liste der gesuchten Deutschen zu erlangen und wurde uns dieselbe nunmehr zur Verfügung gestellt.

Darnach besitzen viele tausende unter uns, die selbst oder als Erben gesucht werden, Geld, ohne eine Ahnung davon zu haben. Die Register enthalten

**über 37 000 amtliche Erben-Gesuche!**

Wir werden die Namen dieser bisher noch unbekannten „Reichen" allmählich zum Abdruck bringen und bitten, unsere Veröffentlichungen stets zu beachten und weiter zu empfehlen.

Alle jenen, welche auf Grund der nun folgenden Listen Ansprüche erheben können, wollen sich unter Beilegung von 10 000 ℳ für Antwortporto und Schreibgebühren an die Geschäftsstelle unserer Zeitung wenden, worauf wir weiteres veranlassen

### Liste Nr. 39.

250. 1500 Dollar ca. 1500 Millionen Mark, beträgt der Nachlaß eines Christian Koch, der 1921 in Californien starb, wo er sich „Cook" nannte. Es ist noch nichts weiter über ihn bekannt, als daß er angeblich 1864 in Deutschland geboren wurde.

251. 130 Dollar, ca. 390 Millonen ℳ, für Heinrich Schroth.

252. 255 Dollar, ca. 765 Millionen ℳ, für Rud. Siegmund.

253. 1117 Dollar, ca. 3050 Millionen Mark, für Heinrich Suif.

254. 15 965 Dolar, ca. 47895 Millionen Mark, für Willy Jaeger.

255. 54436 Dollar, ca. 3030 Millionen Mark, für R. A. A. Bruno.

257. 175 Dollar, ca. 525 Millionen Mark, für Otto K. Fritzie (oder Fritz?)

258. 1505 Dollar, ca. 4515 Millionen Mark, für Heinrich Gehrig.

259. 24 Dollar, ca. 72 Millionen Mark, für Rudolf Bickert.

260. 110 Dollar, ca. 330 Millionen Mark, für Gustav Fettback.

261. 82 Dollar, ca. 246 Millionen Mark, für Albert T. Fischer.

262. 110 Dollar, ca. 330 Millionen Mark, für Otto H. Gorzolla.

* * *

Zur Beachtung! Bereits 69 der gesuchten Amerika-Deutschen oder ihre Erben haben sich gemeldet und werden weit über 100 Millionen Mark an sie zur Auszahlung gelangen! Wir bitten, unsere Veröffentlichungen sehr zu beachten und weiter zu empfehlen.

Verlag und Schriftleitung der „Schwerter Zeitung".

## Die römische Ausstellung soll zu Filmzwecken niedergebrannt werden.

Wie aus Rom geschrieben wird, hat eine Film-Gesellschaft die Gebäude der römischen Industrie-Ausstellung angekauft, um sie niederbrennen und von dem Riesenbrand einen Film anfertigen. Die wundervollen Gebäude befinden sich inmitten der Anlagen des Palazzo Borghese. Es sind darunter im Monumentalstil errichtete Paläste, ein prächtiges Theater, ein Ballhaus, Tempel, Triumphbögen, zahlreiche Statuen, Quadrigen usw. Das alles soll durch Feuer restlos vernichtet werden. Mit Recht fragt die italienische Presse, ob eine derartige, willkürlich verursachte Feuersbrunst nicht die Villa Borghese selbst gefährden könnte, und erhebt Einspruch gegen das geradezu barbarische Vorhaben. Die Gebäude haben 20 Millionen Lire gekostet, und die Ausstellung schloß mit einem erheblichen Defizit ab. Es heißt, die Film-Gesellschaft habe 2 Millionen Lire als Entgeld für das Niederbrennen geboten.


## Anzeigenpreise ab 10. Sept.:

**Für die achtmal gespaltene Millimeterzeile Lokale 100 000 M. Ausw 200 000 M. Reklame pro Millimeter 400 000 M. Offertengebühr 50 000 M. Auskunftsgebühr 20 000 M.**


## Bekanntmachung.

In der **Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung** sind durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 29. 8. 1923 unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen mit dem **3. September 1923** folgende Lohnklassen in Kraft gesetzt worden:

| Lohnklasse | Jahresarbeitsverdienst | | Wochenbeitrag |
|---|---|---|---|
| | | Mk. | Mk. |
| 36 | bis zu | 432 000 000 | 140 000 |
| 37 | „ „ | 720 000 000 | 200 000 |
| 38 | „ „ | 1 080 000 000 | 320 000 |
| 39 | „ „ | 1 440 000 000 | 440 000 |
| 40 | von mehr als | 1 140 000 000 | 570 000 |

Außerdem gelten noch:

**Lohnklasse 24**, Wochenbeitrag 17 000 Mk., für Personen unter 18 Jahren und Lehrlinge bis zu 51 840 000 Mk. Jahresarbeitsverdienst, und

**Lohnklasse 29** Wochenbeitrag 37 000 Mk., für Hausgehilfinnen, die überwiegend im Haushalt tätig sind, bis zu 97 200 000 Mk. Jahresarbeitsverdienst.

Die übrigen Lohnklassen sind vom 3. September 1923 ab, weggefallen, soweit sie nicht bereis vorher außer Kraft gesetzt waren.

Der Jahresarbeitsverdienst ist zu ermitteln aus **Geldlohn** (300 ∞ tägl. Lohn 52 ∞ wöchentl. Lohn **usw. ohne Abzüge**) und Sachlohn. Zum Geldlohn gehören z. B. auch die Beitragsteile des Versicherten zur Kranken- und Invalidenversicherung, wenn sie der Arbeitgeber übernommen hat. Der Sachlohn kann bestehen aus Wohnung, Kost, Kleidung, Lebensmitteln, Möbeln, Ackerbestellung, Weidenutzung, Vieh und a. Diese Sachbezüge sind mit dem Wert anzurechnen, den das Versicherungsamt dafür festgesetzt hat (monatlich oder halbmonatlich). Als Jahresarbeitsverdienst unständig Beschäftigter (Näherinnen, Waschfrauen u. a.) und der Heuerlinge gilt der 300fache Ortslohn, den das Oberversicherungsamt von Zeit zu Zeit neu festsetzt. Die Versicherungspflicht beginnt bei früherer Aufnahme versicherungspflichtiger Lohnarbeit schon vor Vollendung des 16. Lebensjahres. Auskunft geben die Versicherungsämter, die Quittungskartenausgabestellen und die Kontrollbeamten der Landesversicherungsanstalt. Schriftlichen Anfragen ist Porto für die Antwort beizufügen.

Hörde, den 7. September 1923. 2909

**Versicherungsamt des Landkreises Hörde.**
Der Vorsitzende: J. V. gez.: Büscher.


**Druckfachen für Vereine**
liefert schnellstens die
**Buchdruckerei Carl Braus.**


## Bekanntmachung.

Für den Landkreis Hörde wird mit Wirkung vom 9. September 1923 der Preis für

**Vollmilch auf 700 000 Mk.**

festgesetzt. 2906

Hörde, den 8. September 1923.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.


**Speisekartoffeln**
2905 **eingetroffen.**
**A. Gieshold, Bahnhofstr. 8.**

Tuchgroßhandlung sucht tüchtige
**Buchhalterin**
**oder Buchhalter.**
Bezahlung wie kaufmännisch tätig Angestellte nach höchstem Tarif D.
Schriftliche Angebote unter Nr. 2907 an die Geschäftsstelle.

**Mittwochs geschlossen!**
Bis auf weiteres werden wir
**jeden Mittwoch**
unsere Kasse, wie überhaupt die Bank für den Außenverkehr geschlossen halten, um die Rückstände aufarbeiten zu können. Wir bitten, uns für Mittwochs keine Aufträge zu erteilen. Der Fernsprecher wird nur zur Uebermittlung der Devisenkurse bedient werden.
Diese aus den außerordentlichen Wirtschaftsverhältnissen geborenen Maßnahmen werden wir sobald wie möglich wieder aufheben und bitten unsere verehrlichen Kunden solange um freundliches Entgegenkommen.
**Barmer Bankverein Hinberg, Fischer & Co.**
2831 **Schwerte.**

Zur Einmachzeit
**Einkoch- und Einmachbücher**
aller Art.
**Buchhandlung Carl Braus.**

Ab 9. cr. treten 2908
**neue Fahrpreise**
in Kraft, welche in den Wagen ausgehängt sind
**Hörder Kreisbahnen.**

**Warnung!**
Warne einen jeden, falsche Gerüchte über meinen Sohn Arthur zu verbreiten, da ich sonst gerichtlich vorgehen werde. 2904
**Aug. Mellinghaus,**
Ergste.

**Kartoffelschalen**
werden gekauft
**Große Marktstr 5**


## Bekanntmachung.

Der Wert der Sachbezüge für den Bezirk des Landkreises Hörde mit Ausschluß der Stadt Schwerte der reichsgesetzlich gegen Krankheit, Invalidität und Unfall versicherten Personen wird gemäß § 160 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung mit Wirkung vom **3. September ds. Js.** wie folgt festgesetzt:

| | Versicherte | |
|---|---|---|
| | männliche mit Ausnahme von Lehrlingen ℳ | weibliche und Lehrlinge ℳ |
| Morgenkaffee | 50000 | 50000 |
| Frühstück | 100000 | 80000 |
| Mittagessen | 400000 | 320000 |
| Nachmittagskaffee | 50000 | 50000 |
| Abendessen | 300000 | 300000 |
| Freie Wohnung einschl. Heizung und Beleuchtung | 200000 | 200000 |
| Summa täglich | 1100000 | 1000000 |
| Summa monatlich | 33000000 | 30000000 |

Für Verheiratete mit eigenem Hausstand gelten mit Ausnahme des Satzes für freie Wohnung die gleichen Sätze. Der Wert der freien Wohnung wird für Verheiratete von Fall zu Fall festgesetzt.

Diese Festsetzung gilt auch für die dem Angestelltenversicherungsgesetz unterworfenen Berufsgruppen gemäß § 2 Absatz 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes.

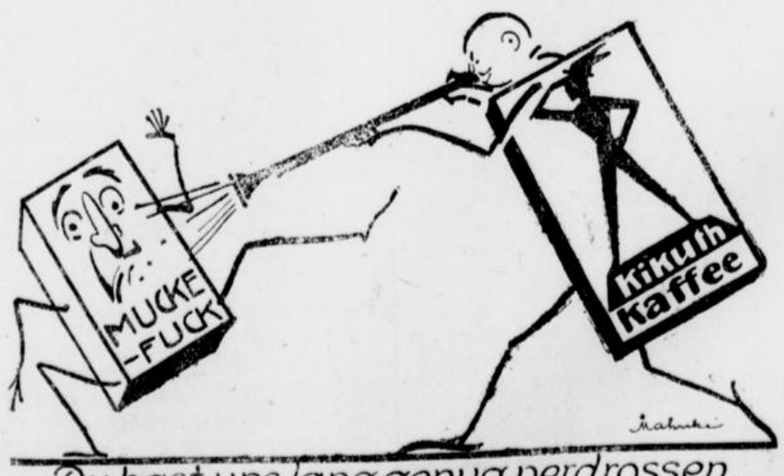
Bei allen Festsetzungen bleibt in besonderen Fällen beim Nachweis erheblicher Mehr- oder Minderwerte eine andere Festsetzung vorbehalten.

Frühere Festsetzungen des Wertes der Sachbezüge werden hierdurch hinfällig.

Hörde, den 5. September 1923. 2910

**Versicherungsamt des Landkreises Hörde.** Der Vorsitzende J. V.: gez. Büscher.


**„Verlangen Sie stets Original ½-Pfd.-Pakete"**




*Du hast uns lang genug verdrossen, wenn **Kikuth** kommt, bist Du erschossen*

20 % Bohnen-Kaffee rote Packung
30 % Edel-Mischung grüne Packung
40 % Bohnen-Kaffee blaue Packung